

Die "Freiheit" erscheint morgens und nachmittags, Samstags und Montags nur einmal. Der Verkaufspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 10 M., im voraus zahlbar. Für Vorkauf nehmen sämtliche Vertriebsstellen Bestellungen entgegen. Unter Druckbezugs bezogen für Deutschland, Österreich, Ungarn, Danzig, das Elsaß u. Moselgebiet sowie die früheren deutschen Gebiete Polens u. Litauens 20 M., für das übrige Ausland 27 M., per Brief bez. für Deutschland u. Österreich-Ungarn 30 M. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin O 2, Wrede Straße 4-6.

Die abgelaufene Nonpareil-Gesellschaft oder deren Raum kostet 4.- M., einschließlich Inserentensteuer. Kleine Anzeigen: Das festgedruckte Wort 2.- M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Inserentensteuer. Laufende Anzeigen: laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 3,75 M. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Wort-Anzeigen: Das festgedruckte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1.- M. Fernsprecher: Zentrum 152 30 - 152 39

# Freiheit

## Berliner Organ

### der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

## 9 1/2 Millionen Mark für Rußland

### Die Hilfsaktion des Internationalen Gewerkschaftsbundes

Drahtmeldung unseres Korrespondenten  
Amsterdam, 20. September.

Nach den bis jetzt dem Sekretariat des Internationalen Gewerkschaftsbundes von einer Reihe angeschlossener Landeszentralen zugegangenen Mitteilungen über den Stand der gewerkschaftlichen Hilfsaktion für die von der Hungersnot betroffenen russischen Gebiete verfügt der I. G. B. bereits über eine Summe von reichlich 9 1/2 Millionen Mark. Dieser Betrag wird sich wahrscheinlich nur als die Hälfte der tatsächlich bisher gesammelten Gelder erweisen, wenn erst die zur Zeit noch ausstehenden Berichte der übrigen Länder eingelaufen sind. Am den Ankauf von Medikamenten für die zur Verfügung stehenden Gelder vorzunehmen, den Transport nach Rußland zu organisieren und eine wirksame Kontrolle der Verteilung sicherzustellen, wird Fimmen, einer der beiden Sekretäre des I. G. B. sich morgen nach Berlin begeben.

### Kampfanzeige der österreichischen Sozialdemokratie

Wien, 20. September.

Die Wiener sozialdemokratische Vertrauensmännerversammlung, die über die politische und wirtschaftliche Lage beriet, hat nach einer ausführlichen Rede Dr. Otto Bauer einstimmig eine Resolution angenommen, worin der Verband der sozialdemokratischen Abgeordneten und die Gewerkschaftskommission angesichts des Verfalls der bürgerlichen Finanzpolitik aufgefordert werden, selbst die Richtlinien eines umfassenden Finanzplanes zu entwerfen und zu verlangen, daß der Finanzplan im Einvernehmen mit den Vertretern der Arbeiterschaft festgesetzt werde.

Die Resolution billigt alle Bemühungen, den von Horthy-Ungarn bedrohten Frieden zu erhalten und neues Blutvergießen zu verhüten. Sollte aber das weiße Ungarn die Republik angreifen, um eine monarchistische Reaktion auch in Deutsch-Österreich zum Siege zu führen, dann werde die Arbeiterschaft zu den Waffen greifen, um die Republik gegen alle äußeren und inneren Feinde zu verteidigen.

### Der Krieg in Marokko

Aus Madrid wird uns unter dem 18. September geschrieben: Die vielfach angekündigte Offensive der spanischen Truppen in Marokko hat gestern begonnen. Die offiziellen Kommunikationen bestätigen, daß die ersten Operationen vereint mit Landstreitkräften und eines Teiles der Flotte geführt werden. Dieselben Mitteilungen besagen, daß die Marokkaner sich mit kaum merklichem Widerstand zurückziehen.

Der Beginn der militärischen Operationen fällt zusammen mit der Wiedereinführung der Zensur, welche bei der Einschaltung der gegenwärtigen Regierung besetzt worden war. Die Zensur ist nicht wiederhergestellt worden, um Veröffentlichungen bezüglich der Kriegsoperationen zu verhindern, sondern um den Feldzug der Presse gegen die militärischen Kommunikationen und gegen den Organisationsmangel in der Armee zu beschneiden. Aber die Pressezensur, die von der Regierung auf Drängen des Offizierskomitees verhängt wurde, wird nicht verhindern, daß jene in der Öffentlichkeit bekämpft und verächtlich werden. Der Verband der Journalisten hat einen Aufruf veröffentlicht, in dem er energisch gegen die Zensur protestiert, den er als Attentat gegen das Land bezeichnet, denn diese Maßnahme wurde angewendet „in dem Augenblick, wo das Volk lebhaft an der Diskussion über die Verantwortung der Regierung an dem Unheil und über die Mittel, die Anwendung der notwendigen Strafmaßnahmen zu verhindern, interessiert war“.

Die öffentliche Meinung wendet alle Aufmerksamkeit auf die Vorgänge in Nordafrika. Man weiß, daß Melilla eingekreist ist, daß mehr als 60 000 Menschen schon die Meerenge von Gibraltar passiert haben. Die Regierung hat große Mengen Kriegsmaterial von England und Frankreich erworben. Sie macht verzweifelte Anstrengungen, um die Unruhe im Lande zu dämpfen und um zu verhindern, daß es die Wahrheit über die Vorgänge in Marokko erfährt.

### Die militärischen Operationen

Madrid, 20. September.

Durch das Zusammenwirken der Truppen aller Waffengattungen und der Schiffsbatterien gelang es den Spaniern, den verzweifeltesten Widerstand der Marokkaner zu brechen und die strategisch sehr wichtige Stellung bei Rador zu nehmen. Unmittelbar nach der Eroberung der Radorstellung gingen die Spanier daran, diese fortifikatorisch stark auszubauen. Auf dem Gipfel des Sidi Damed ist bereits spanische Artillerie aufgeführt, die die ganze Ebene um Rador herum beherrscht. Bei diesen Kämpfen wurde Oberstleutnant d'Altran, der Führer der spanischen Fremdenlegion, schwer verwundet. Trotz dieses unbestreitbaren Erfolges der Spanier liegt Melilla noch immer unter dem Feuer der marokkanischen Kanonen. Die maurische Artillerie bestreift fortwährend

vom Gurugu-Berge aus die einzelnen Stadtteile mit Geschützfeuer. In das Hospital schlugen nicht weniger als fünf Granaten ein. Infolgedessen herrscht unter der Zivilbevölkerung harte Panik und das Bestreben, möglichst schnell aus der beschossenen Stadt herauszukommen. In Malaga sind drei Dampfer mit Flüchtlingen aus Melilla eingetroffen.

### Der Zweck des bayerischen Ausnahmezustandes

Aus Regensburg wird uns ein Fall von polizeilicher Anmaßung mitgeteilt, der wieder einmal deutlich zeigt, daß der bayerische Ausnahmezustand nur dem Zweck dient, die Arbeiterbewegung zu unterdrücken. Der AFA-Bund Regensburg hatte für den 15. September eine Protestversammlung gegen die Angestelltenversicherung anberaunt. In dem Plakat, das die Versammlung ankündigte, wurde gesagt, der Referent, Redakteur Lange aus Berlin, werde nachweisen,

daß die Angestellten zwanzig Prozent der Beiträge (zur Reichsversicherung) allein für Verwaltungskosten zahlen; die Reichsversicherungsanstalt für Angestellte 4000 Beamte für 1 500 000 Versicherte, die Invalidenversicherung aber nur 3000 Beamte für 15 000 000 Versicherte beschäftigt; daß ein Angestellter der höchsten Beitragsklasse in 20 Berufs Jahren 80 000 Mark zahlt, dessen Witwe dafür die Riesenrente von monatlich 192 Mark erhält.

Diese Plakate wurden von der Polizei zunächst verboten. Als der AFA-Bund Protest gegen das Verbot erhob, lehnte die Regierung der Oberpfalz endgültig die Genehmigung des von uns zitierten Teiles des Plakates ab, und ein Regierungsrat setzte eigenhändig folgendes an die Stelle des Gestrichenen: „Der Referent wird sprechen über Kosten der Angestellten- und Invalidenversicherung und die Vereinheitlichung der Sozialversicherung.“ Alles übrige könne stehen bleiben.

Den Text eines Plakates, der eine öffentliche Gewerkschaftsversammlung ankündigen soll, hält die bayerische Polizeidirektion also ansehend für staatsgefährlich. Das Herumtreiben der auf frischer Tat ertappten, überführten und verfolgten kappistischen Verbrecher in Bayern aber findet sie in der Ordnung. Es handelt sich hier nicht um einen „Uebergreif einer untergeordneten Stelle“, wie die beliebte Ausrede zu lauten pflegt, sondern um die Auegerung eines Systems, das von der Arbeiterschaft sehr schnell mit allen Nachtmitteln abgewürgt werden muß.

### Wo sind die Mörder?

Die „Deutsche Tageszeitung“ versucht unter der Ueberschrift: „Wer sind die Mörder?“ in Abrede zu stellen, daß hinter der Ermordung Erzbergers die Deutschnationalen Sozialisten stehen. Weber Schutz noch Tilleßen seien Mitglieder der Deutschnationalen Partei. Daraus kommt es aber gar nicht an. Entscheidend ist, daß die Deutschnationalen Partei den Mord geistig vorbereitet hat und daß die Mörder eine geheimen militärischen Organisation angehören, die mit deutsch-nationaler Hilfe ins Leben gerufen wurde und unter den Fahnen schwarz-weiß-rot das deutsch-nationale Parteiziel, die Monarchie, mit Blut und Schrecken erkämpfen will.

Die eigentliche Frage heißt also heute nicht mehr: „Wer sind die Mörder?“ sondern: „Wo sind die Mörder?“ Sie sind allem Anschein nach ins Ausland entkommen. Und wo fühlen sich die schwarz-weiß-rotten Verbrecher heute, nächst Bayern, am sichersten? In Ungarn, dem Idealstaat der Deutschnationalen! Wer stellt schwarz-weiß-rotten Verbrechern falsche Pässe aus und gibt ihnen die Mittel zur Flucht? Die Deutschnationalen, die bisher jeden Mord, unter schwarz-weiß-roter Flagge verübt, beschleunigt oder gebilligt haben.

### Aus Horthy-Ungarn Pogromstimmung in Budapest

Budapest, 20. September.

Den gestrigen ganzen Tag über kam es in verschiedenen Teilen der Stadt zu antisemitischen Straßenerzessen. Die Gäste wurden aus den Kaffeehäusern auf die Straße geholt und mißhandelt. Vor der Redaktion der sozialistischen Zeitung „Nepjána“ kam es zu großen Erzessen, denen erst die Polizei ein Ende machen konnte. 14 Verhaftungen wurden vorgenommen. In den Abendstunden kam es im Judenviertel zu Prügeleien, wobei eine ganze Reihe von Personen verletzt wurde.

Paris, 20. September.

Dem „Eclair“ wird aus London gemeldet, daß Ungarn gegenwärtig im geheimen die Mobilisierung seiner Armee vornimmt. Rumänien wolle angesichts dieser Tatsache keine Einzelaktion vornehmen, und habe sich bereit erklärt, gemeinsam mit den Alliierten gegen Ungarn vorzugehen.

### Der Beschluß von Görlich

Der Görlicher Parteitag hat die Resolution des Parteivorstandes über die Stellung zu einer Koalitionsregierung mit 200 gegen 67 Stimmen angenommen. Was bedeutet politisch dieser Beschluß? Die gesamte bürgerliche Presse erblüht darin die Bereitwilligkeit der Rechtssozialisten, die Deutsche Volkspartei in die Koalitionsregierung aufzunehmen; sie preist den Beschluß und sieht in ihm einen Sieg der Politik der Mitte, also ein Abweichen von der bisherigen Linkspolitik.

Daselbe Urteil befandete die rechtssozialistische Opposition. Sie fürchtet, was das Bürgertum hofft: den Einfluß der Deutschen Volkspartei, die alle Forderungen der Arbeiterschaft zunichte machen werde, während die sich anbahnende Einheit des proletarischen Handelns dadurch außerster Gefahr sei.

Die rechtssozialistischen Führer halten dem entgegen, daß sie ja durchaus nicht die Koalition um jeden Preis wollen. Sie verlangen die Zustimmung der Deutschen Volkspartei zu einem bestimmten Programm, das folgende Mindestforderungen umfaßt:

- Anerkennung der Verteidigung der Republik;
- Sicherung des demokratischen Selbstbestimmungsrechts des Volkes in Reich, Staat und Gemeinden;
- Demokratisierung der Verwaltung und Republikanisierung der Reichswehr und der Polizeiorgane;
- Sicherung des Ausbaues der sozialen Gesetzgebung;
- eine Politik der Völkerverständigung;
- lokale Ausführung des Friedensdikts in den Grenzen unserer Leistungsfähigkeit und Ausführung der dadurch bedingten Leistungen, in erster Linie durch weitgehende Heranziehung des Besitzes.

Gegen die Forderungen läßt sich nichts einwenden, ihre Durchführung ist notwendig. Der Reichskanzler hat sich für ein Programm ähnlicher Art verpflichtet.

Die Deutsche Volkspartei war dagegen, sie bekämpfte bis in die letzten Tage das Kabinett Wirth und den Reichskanzler persönlich. Sie steht grundsätzlich auf dem Boden der Monarchie; zur Riefenaufgabe der Republikanisierung der Verwaltung gehört eiserner Wille und entschlossene Beharrlichkeit, wie sie nur wirkliche Ueberzeugung von der Notwendigkeit der Republik einflößen kann; viel verlangt man da von der Deutschen Volkspartei.

Die große Mehrheit der Partei hat die Annahme des Ultimatums abgelehnt; sie hat seine Unerfüllbarkeit immer wieder betont. Jetzt soll sie mitwirken, den Besitz stärker heranzuziehen, um in den Grenzen der Leistungsfähigkeit zu erfüllen. Viel verlangt von der Partei des Besitzes, die bis zuletzt die Erfassung der Goldwerte abgelehnt hat.

Die rechtssozialistischen Führer hat offenbar die taktische Erwägung geleitet, die Deutschnationalen zu isolieren, um damit die monarchistische Front zu schwächen und durch die Verkleinerung der Opposition die Regierung zu entlasten. Sehr schlaue, aber wir fürchten, sie werden sich böse verrechnen. Schon Lassalle, den sein Herausgeber Bernstein allerdings völlig vergessen zu haben scheint, hat als tragische, politische Schuld das Visten mit der Idee bezeichnet. Durch taktische Kombinationen läßt sich in Deutschland heute die Republik nicht sichern, der Kampf muß ausgedämpft werden. Im Reichstag hat das Kabinett Wirth für ein Programm des Kampfes um die Republik eine Mehrheit, wenn Zentrum und Demokraten fest bleiben. Glaubt irgendjemand, daß diese Parteien dadurch fester werden, daß man die Deutsche Volkspartei in die Regierung aufnimmt und diese Regierung damit von den Stimmen der Unabhängigen Sozialdemokratie unabhängig macht? Oder sind dann nicht die Rechtssozialisten wieder die Gefangenen der bürgerlichen Parteien, von deren Fesseln sie sich nur um den Preis des Austritts aus der Regierung befreien können? Ist deshalb der Jubel der Bürgerlichen über den Beschluß von Görlich nicht allzu berechtigt?

Kleinmut ist der Vater dieses Beschlusses und falsche Berechnung liegt der Idee zugrunde, der er entsprang. Der Delegierte Markwald erklärte auf dem Parteitag:

Natürlich wird die Deutsche Volkspartei alles unterschreiben und natürlich wird Stinnes zu ihrem linken Flügel gehören; aber die Klassenvertretung der Industrie wird all-vollständigen Forderungen sabotieren, die sie unterschreibt. Zentrum und Demokraten können wenigstens auch anders, aber die Volkspartei muß arbeitserfindlich sein, sonst entzieht ihr das Kapital die politische und finanzielle Grundlage. Es ist eine Sünde, die Einigkeit der Arbeiter durch eine Regierung mit der Deutschen Volkspartei unnötig zu erschweren.

In der Tat, nur wenn man von der Realität dem Klassengegnerschaft absieht, kann man meinen, mit der Partei des Großkapitals eine Politik treiben zu können, die der Arbeiterklasse Erfolge bringt. Und wenn man übersehen, daß hinter der monarchistischen Ideologie der Deutschen Volkspartei sehr reale Interessen verborgen sind, kann man ein „Befehnis zur Republik“ als tragfähige Grundlage für eine Regierung ansehen, die die Arbeiterschaft unterstützen



oll. Wenn ein Redner gemeint hat, die Wähler würden der Deutschen Volkspartei weglaufen, wenn sie die Bedingungen wirklich erfüllte, so ist es keine Wiederholung, sondern nur geschicktes Ausweichen, wenn Herrmann Müller entgegnete, das sei doch nicht ihre Sache. Denn weiß die Volkspartei ihre Wähler doch auch kennt, wird sie eben in jeder Regierung nur die Interessen, die sie bisher verfochten, weitervertreten.

In der augenblicklichen politischen Situation wäre alles darauf angekommen, den ganzen Druck der Arbeitermassen zur Geltung zu bringen, um die notwendigen politischen Forderungen durchzusetzen. Die Position war klar, eine Reizierung gegen die Einheitsfront der Arbeiterschaft nicht möglich, weil auch das Zentrum einen solchen Kampf, in dessen Mittelpunkt die Sicherung der Republik und die Steuerfragen stünden, nicht wolle. Der Beschluß von Görlich bedeutet die Schwächung dieser Position.

Aber eröffnet sich nicht die Möglichkeit, in Preußen und anderswo Sozialisten an die Spitze der Verwaltung zu bringen? Und sicher war es diese Aussicht, die der Majorität des Parteitag den Antrag des Vorstandes so verlockend erscheinen ließ. Aber glaubt man nun wirklich, bei einer Mitregierung der Deutschen Volkspartei bedeutende Resultate erzielen zu können? Monarchistisch, reaktionär waren doch sehr viele Beamte, die sich zur Deutschen Volkspartei zählten. Die werden sehr unerklichlich sein. Und deutschnationale? Aber die Volkspartei will ja gerade die Brücke zwischen den Deutschnationalen und den anderen bürgerlichen Parteien bilden! Selbst wenn ein Anfang gemacht würde — in kürzester Zeit käme die Rebellion in den Reihen der Volkspartei und das Einschwenken der politischen Führer.

Deshalb hat das Bürgertum in der Tat allen Anlaß, den Beschluß von Görlich zu preisen und ihn als seinen politischen Erfolg zu buchen.

Die Unabhängige Sozialdemokratie ist von manchen Seiten auf dieser Tagung geschmäht worden, andere haben sich dagegen scharf gewandt. Wir haben es heute weniger als je notwendig, uns über die Angriffe zu erregen. Wenn wir uns gegen die Taktik der Rechtssozialisten wenden, so hat das nur sachliche Gründe und geschieht aus der großen Sorge um das Wohl der ganzen Arbeiterbewegung, die insgesamt unter Fehlern eines ihrer Teile zu leiden hat. Die Rechtssozialisten werden sehr bald die Probe auf ihr Exempel zu machen haben. Die Rechnung wird nicht ohne Bruch ausgehen. Dann wird es sich zeigen, daß unsere Auffassungen von den Grundfragen und Notwendigkeiten proletarischer Politik sich als richtig bewähren. Die Koalition der Mitte — kommt sie zustande — wird an den Gegensätzen der Interessen, die sie vereinen soll, zerbrechen. Dann werden für die Unabhängige Sozialdemokratie, über die man sich heute so klug dünkt, gespottet haben, die Tatsachen antworten, und diese Sprache wird dann auch bei den rechtssozialistischen Arbeitern Gehör und Verständnis finden.

## Widerspruch

Von Erich Kuttner, M. d. L.

Das Verbot des Kessels, der durch die Sozialistische Bewegung verbreitet wird, ist Mitglied der Redaktion des „Vorwärts“.

Man darf sich nicht täuschen: der Beschluß des Parteitages zur Koalitionsfrage wird Widerspruch in weiten Parteitellen finden. Natürlich wird gegen den, der dem Widerspruch Junge verleiht, sehr bald der Vorwurf erhoben werden, daß er den Widerspruch erst hervorgerufen habe. Aber wer noch irgendwelche Fühlung mit den Arbeitermassen hat, der hat den Widerspruch während der letzten Tage in hundert erregten und besorgten Fragen zu hören bekommen. Der Widerspruch ist da, und wenn man ihm das legale Sprachrohr nimmt, so ist zu befürchten, daß er sich in einer für die Partei weit schädlicheren Weise entladen wird.

Selbst die Befürworter der „neuen Taktik“ hätten sich sagen sollen, daß ihr Beschluß die Massen geistig absolut unvorbereitet trifft. Aber statt die entscheidende taktische Frage hat man den Entwurf eines Parteiprogramms auf den Parteiverfassungen diskutieren lassen. Die Massen glaubten, in Görlich werde ein Programm beschlossen; daß ein entscheidender taktischer Beschluß bevorstehe, ahnten sie kaum.

Das Wort August Bebel's, daß ihm beim Lob der bürgerlichen Presse unheimlich zu Mute werde, ist bekannt. Heute spendet die bürgerliche Presse der Sozialdemokratie soviel freundliche Worte, daß man unwillkürlich an Bebel zurückdenkt, der meinte, wenn es soweit komme, habe er sicher einen Fehler gemacht. Für die bürgerliche Presse steht fest, daß der Beschluß des Parteitages — trotz seiner theoretischen Form — das Zusammengehen mit der Deutschen Volkspartei bedeutet. Das braucht er nach seinem Wortlaut nicht zu bedeuten, gemäß nicht. Aber nach den begleitenden Reden Franz Krügers, Hermann Müllers, Scheidemanns usw. kann er nichts anderes bedeuten. Und die Zukunft wird zeigen, daß dies seine Bedeutung sein sollte.

Mit diesen Beschüssen tritt die Partei einen fürchterlich gefährlichen Boden, vor dem die heutigen Befürworter des Beschlusses selber zum großen Teil noch vor wenigen Monaten gewarnt haben. Am zureichendsten dürfen mit dem Beschluß die Unabhängigen sein, soweit sie kurzfristige Parteigoisten sind. Denn was vor sechs Monaten in jedem sozialdemokratischen Blatt stand, daß das Zusammengehen mit der Deutschen Volkspartei das einzige Mittel sei, um der U. S. P. wieder auf die Beine zu helfen, — das kann nicht im Verlauf weniger Monate plötzlich unwahr geworden sein. Wer freiwillig die Arbeiterbewegung unter weitem Gesichtswinkel sieht, der hat ein Recht zur Trauer. Die guten und gesunden Keime einer Wiedervereinigung werden durch diesen Beschluß zerstört. Die Angriffsstrategie der Sozialdemokratie geht verloren. Die Agitation wird allenthalben durch Rücksichtnahme auf Koalitionsgenossen gestoppt. Auf den Straßen prügeln sich die Anhänger der Schwarzweißroten und der Schwarzrotgoldenen Flagge, was gewiß nicht immer schön ist, aber ihre innere Stimmung darstellt. Im Parlament sollen Schwarzweißrot und Schwarzrotgold zusammenarbeiten, während dies draußen geschieht. Der wirtschaftliche Schwerpunkt der jetzigen Situation liegt in der Steuerfrage und in der Erschließung der Goldwerte. Die sozialistischen und kapitalistischen Antipoden in dieser Frage sollen das Problem gemeinschaftlich lösen. Wie soll das praktisch ausgeführt werden? Koalitionsfragen finden ihre natürliche Grenze in der katholischen Konfession: wir stehen hier und ihr steht hier, ihr habt einen anderen Geist als wir.

Die Parteigenossen, die in dem Görlicher Beschluß eine schwere Gefahr für die Partei sehen, haben jetzt eine Pflicht und Aufgabe: dafür zu wirken, daß möglichst wenig von diesem Beschluß in die Praxis umgesetzt werde.

Die irische Krise. De Valera hat Lloyd George gedemoralisiert, er nahm die Einlösung Lloyd Georges an, wenn in der Verhandlung beide Parteien frei sind und keine Nachteile entstehen, wenn keine Übereinkunft erreicht würde.

## Pöbner und Roth im Eisen

Heraus mit der Sprache!

Die Deutschnationalen fühlen sich schon in der Rolle der Sieger. Sie behaupten mit dreifacher Stirn, von den gegen Bayern erhobenen Beschuldigungen habe sich nicht eine als wahr erwiesen. Das System Rahr-Pöbner-Roth sei glänzend gerechtfertigt. Es habe weder mit den Mörder Erzbischof etwas zu tun, noch in irgend einer Weise den Putschisten Vorschub geleistet. Dieses Manöver gilt es zu durchkreuzen. Der Deutschnationalen Lüge muß die Wahrheit entgegengestellt werden, die Mörder und ihre deutschnationalen Hintermänner sollen so leicht nicht zur Ruhe kommen.

Mit Recht erinnert die „Germania“ in ihrer gestrigen Abendausgabe noch einmal daran, daß die Kappisten in Bayern unter der Regierung Rahr-Pöbner nicht nur persönlich sicher waren, sondern auch neue Schläge vorbereiten konnten. Daß sie diese sehr ernst zu nehmenden Vorbereitungen unter den Augen und mit Wissen bayerischer Regierungsbehörden betrieben haben, steht auch nach der „Germania“ fest. Sie greift zur Beweisaufklärung einige Fragen auf, die am Montag die „Münchener Post“ an die bayerische Regierung und den Polizeipräsidenten Pöbner gerichtet hat und die wir, ihrer großen Bedeutung wegen, noch einmal wiederholen wollen, obwohl wir sie bereits gestern morgen im Auszug wiedergegeben haben. Die „Münchener Post“ fragt:

„Wie kommt es, daß einzelne Leute einige Stunden, bevor ihre Verladung zur Vernehmung eintraf, aus München verduftet sind? War es dem Herrn Staatskommissar Pöbner unbekannt, daß Oberst Bauer öfter in einer Münchener Pension gemohnt hat? War es dem Herrn Staatskommissar unbekannt, daß Oberst Bauer wiederholt in einer Pension einen Gesinnungsstreik und besucht hat, der sich seines freundschaftlichen Verkehrs mit Pöbner und Ludendorff vor Zeugen gerühmt hat und der mit Pöbner und dem Mörder Lillies in den letzten Monaten nach seiner eigenen Angabe fortgesetzt Telefongespräche geführt hat? Ist es unnahe, daß Oberst Bauer diesen Herrn am Sonnabend den 18. September, nachmittags 5 Uhr, zum letzten Mal persönlich besuchte? Ist es richtig, daß dieser Herr, der sich seiner Freundschaft mit Pöbner sorgfältig gerühmt hat, gleichzeitig mit zwei unterdessen verhafteten deutschnationalen Herren eng befreundet war? Will Herr Pöbner auf Dienstfeld erklären, daß er durch diese Herren von der Anwesenheit des Oberst Bauer in München nie etwas erfahren hat? Wir ersuchen auch Herrn Roth, seine latonische Erklärung zu ergänzen und präzise festzustellen, ob er niemals von dem Aufenthalt freizeitleich verfolgter Herren in Bayern während seiner Amtsdauer etwas erfahren hat?“

Weder Pöbner noch Roth haben bisher auf diese Fragen eine Antwort gegeben. Die Männer fühlen sich also schuldig, schuldig eines Verbrechens, das nach dem Gesetz mit Zuchthaus bestraft werden soll. Und wie steht es mit dem Bericht Dr. Weismann, der gleichfalls den Tatsachen nicht entsprechen soll? In der „Münchener Zeitung“ behauptete gestern ein Parlamentarier, daß durch den Bericht zur rechten Zeit ein Geschwür aufgebrochen worden wäre, dessen zerstörende Wirkung sich sonst sehr bald und deutlich am deutschen Reichskörper bemerkbar gemacht haben würde. Der Reichskanzler habe aber weit mehr Material zur Verfügung, als den Bericht des Staatskommissars Weismann. Und wenn die Öffentlichkeit alle Einzelheiten über die bayerische Verschwörung zu hören bekommen werde, dann würde bald niemand mehr des Glaubens sein können, daß in München nur ein paar Narren bedeutungslose Handlungen vor hätten. Die „Germania“ verlangt vom Reichskanzler, das Material endlich bekannt zu geben. Sie schreibt:

„Hat Herr Weismann oder hat der Herr Reichskanzler Tatsachen aufzuweisen, daß in München unter dem Schutze einer reaktionären Regierung — von dieser bemerkt oder nicht — ein neuer Rapp-Putsch von verbrecherischen Elementen, die den Nord als Mittel benutzen, vorbereitet wurde? Hier, Herr Reichskanzler, ist die formulierte Frage! Beantworten Sie sie so schnell wie möglich!“

Es ist zur Durchkreuzung des deutschnationalen Völkervertragens unbedingt notwendig, im Sinne dieser Aufforderung zu handeln.

## Schöne Seelen finden sich

Xylander und Stegerwald

Der bayerische Oberputschist von Xylander veröffentlicht in der „Kreuzzeitung“ einen Leitartikel über den „Bankrott des Parlamentarismus“. Xylander ist erboht darüber, daß das friedliche Joch der schwarz-weiß-roten Mörder und Hochverräter in Südbayern durch das Eingreifen der Reichsregierung ein klein wenig gestört wurde und daß insbesondere die Regierung Rahr-Pöbner-Roth dabei ins Wanken geriet. Der Justizminister Roth, der mit stechbriefflich verfolgten Verbrechern Verkehr pflegte, soll dem bayerischen Volke unbedingt erhalten bleiben, ebenso wie auch Rahr, denn beide gehören „untrennbar zusammen“. Ihre Preisgabe würde ein „Treubruch gegen besonders bewährte Freunde“ sein. Denn beide Männer bedeuten „das System, das Bayern bisher von dem Bolschewismus gerettet hat und das ganz Deutschland vor diesem Los retten soll“. Xylander fährt dann fort:

„Ob es gelingt, dieses System auch ohne Herrn v. Rahr zu bewahren, können erst die nächsten Ereignisse zeigen. Der Leuzleien mancher Art haben wir uns nach zu verhalten. Ganz besonders wertvoll aber ist für uns hier, daß Minister Stegerwald aus von preußischer Seite hat unterstützen lassen, sowohl in seiner Einwirkung auf den Reichskanzler als in seiner Abstützung der so eigenartigen Praktiken des Herrn Weismann. Beweist doch das, daß wir auf dem rechten Wege sind, daß wir nicht nur für Bayern, sondern für das ganze Reich streiten. Und diese Hilfe von außen tut uns bitter not.“

Oberst von Xylander, den selbst die Bayerische Volkspartei abgestützt hat, vor dessen Treiben die führenden Organe dieser Partei eindringlich warnen, dieser Oberst von Xylander stellt also in der „Kreuzzeitung“ fest, daß Herr Stegerwald der extremen Richtung in Bayern wertvolle Helfersdienste geleistet hat und noch leisten wird. Stegerwald als intellektueller Helfershelfer der bayerischen Putschisten, Berschwörer, Hochverräter und Mördercliquen: wie verträgt sich das mit dem Programm der „Ruhe und Ordnung“, welches Herrn Stegerwald angeblich als Richtschnur seines Handelns dient? Ist Stegerwald ein Förderer der monarchistischen Putschisten, dann ist er ein Feind der Republik, dann muß die preußische Republik von diesem Feinde befreit werden.

## Beihilfen für langfristige Erwerbslose

Die Gewährung der außerordentlichen Beihilfen an langfristige Erwerbslose in Sachleistungen löst vielfach auf große Schwierigkeiten. Der preußische Wohlfahrtsminister hat sich daher, wie die P. P. R. hören, damit einverstanden erklärt, daß in den Fällen, in denen die Gewährung der Beihilfe in Sachleistungen auf unüberwindliche Schwierigkeiten stößt, die Beihilfe in bar gezahlt wird. In diesem Falle werden in Berlin folgende Stempelungen vorgenommen: Es erhalten in Berlin

Erwerbslose ohne Unterschied des Geschlechts: über 16 bis 21 Jahre 300 M., über 21 Jahre, sofern sie im Haushalt eines anderen leben, 400 M., über 21 Jahre, sofern sie nicht im Haushalt eines anderen leben, 500 M. Erwerbslose mit Ehegatten 600 M., für jedes Kind unter 16 Jahren und sonstige Zuschlagempfangende Angehörige 50 M. Der Gesamtbetrag der Sonderbeihilfe für einen Erwerbslosen darf 800 M. nicht übersteigen. Der Volkswohlfahrtsminister hat in einem Erlass an die Regierungspräsidenten anheimgestellt, diese Staffelung auch dort vorzunehmen zu lassen. Der Durchschnittsbetrag darf aber in diesen Fällen 600 M. nicht übersteigen.

## Daumenschrauben-Politik

Während das „Berliner Tageblatt“ zu der privaten Beschaffung von Reparationskrediten schreibt, daß „das Angebot, das die Industrie ursprünglich gemacht hat, größer gewesen sein dürfte als das, was sie heute machen möchte“, und dies in den Zusammenhang damit bringt, „daß die Industrie den Druck auf die Reichsregierung, der ihr steuerliche Vorteile verschaffen soll, verstärken möchte“, äußert sich die „Deutsche Tageszeitung“ mit erfreulicher Deutlichkeit darüber, worauf es den aufs neue zur Offenstunde rüstenden Machern ankommt. Man lese:

„Ein solcher Plan hätte nur dann Sinn, wenn er auch wirklich im großen, also unter Beteiligung der gesamten deutschen Wirtschaftskraft, zur Durchführung gelangte. Daraus aber ergeben sich zwei zwingende Folgerungen. Einmal müßten die Träger dieser gesamten Wirtschaftskraft auf den nötigen Einfluß auf die Reichsregierung erhalten, um eine sichere Bürgschaft dafür in die Hand zu bekommen, daß mit dieser Eintragung ihrer letzten Interessen auch wirklich sachgemäß verfahren wird. In der Reichsregierung in ihrer gegenwärtigen Zusammensetzung haben die Träger der deutschen Wirtschaft dieses Vertrauen nicht und können es auch nicht haben.“

Ebenso deutlich äußert sich der deutschnationale Reichstagsabgeordnete Hugenberg, der an den Verhandlungen des Reichsverbandes der deutschen Industrie beteiligt gewesen ist. Er erklärt in einer Zuschrift an die „Münchener Zeitung“, daß er das Angebot der freiwilligen Leistung der Industrie „nur unter politischen Gesichtspunkten“ unterschätzt habe, was natürlich nicht anders bedeutet, als größeren Einfluß auf die Regierung und die Steuerpolitik.

Daran kann man ermessen, was dem deutschen Volke blühen würde, wenn die an sich recht zweifelhafte Bereitschaft der Industriellen zur Kreditbeschaffung mit der Verbreiterung der Koalition nach rechts erlaubt würde. Es ist doch zur Genüge bekannt, wie sehr die Deutsche Volkspartei, die wohl zunächst als Regierungspartei mit in Frage käme, unter dem Einfluß der Kreise steht, die die wirtschaftlichen und politischen Aufgaben aus dem Gesichtswinkel der „Deutschen Tageszeitung“ betrachten. Das Proletariat hat allen Anlaß, den Vorschlägen des Reichsverbandes der deutschen Industrie nicht nur mit Mißtrauen zu begegnen, sondern ihm entschlossen in Kampfstellung gegenüberzutreten. Denn hinter dem ganzen Plan verbirgt sich kaum etwas anderes als Daumenschrauben-Politik.

## Eins ist gleich Sechs

Die Vereinigte Kommunistische Partei zählte nach der Spaltung in Halle eine Reichstagsfraktion von 26 Mitgliedern. Während der Sommerferien hatten die Moskauer Zeit zum Spalten. Die Wirkung wird sich beim Wiederversammeln der Reichstages zeigen. Vorläufig lehren die „Vereinigten“ in 6 Teilen zu:

1. Die Moskauer: Kammels, Stoeder, Höflein, Koenen. (Die letzten drei sind bereits bei der großen Säge angekommen.)
2. Die Pestinen: Levi, Ralsahn. 3. Die Kausgaworkenen: Reich, Dämell, Gezer jr. 4. Die Ausgetretenen: F. Teuber, Marie Wadwig. 5. Die Untergebunden: Jettin, Hoffmann, Gletner, Elard, Broch, Barth, Hespemann. 6. Die schwankenden Gestalten: Dr. Herzfeld, Gezer sen., Bethels, Eichhorn, Däumig, Thomas, Fries, Fröhlich.

Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!

## Die Garantiekommision

Paris, 20. September

Wie der „Temps“ meldet, begibt sich das Garantiekomitee morgen nach Berlin. Es wird vor allem die Aufgabe haben, das Funktionieren der Kontrolle über die deutsche Ausgabe zu überwachen und die Modalitäten der alle drei Monate stattfindenden festen und veränderlichen Zahlungen zu bestimmen.

## Englische Arbeiterkämpfe

GB. London, 20. September.

Aus allen Teilen Englands kommen Meldungen über die Aufregung der Arbeiter, welche durch die Arbeitslosigkeit und das Sinken der Löhne veranlaßt wird. Die Arbeiter aus vier südlichen Bezirken Londons zogen gestern nach dem Gefängnis von Brixton, um für die Befreiung der Gemeinderatsmitglieder von Poplar zu demonstrieren. In Aberdeen künftigen die Arbeitslosen das Haus des Vorsitzenden der Untersuchungskommision. In Bromley fanden gleichfalls heftige Kundgebungen der Arbeitslosen statt, und zwar wegen der „angeblichen Freibeit“ der britischen Behörden, ihnen statt einer Unterstüzung für 40-tägige Arbeit 17½ Schillingen anzubieten. Allgemein bemängeln die Arbeiter die Gewinne der Fabrikanten und Händler. Wie es damit steht, beweist der Abbruch der Verbraucherkorporation in Mandelst, welche in sechs Monaten 3½ Millionen Pfund Sterling verloren hat. Die Lohnabrechnungen gehen überall weiter und haben 90 000 Pfund pro Woche betragen, wodurch 3 Millionen Arbeiter betroffen wurden. In den ersten acht Monaten verloren sechs Millionen Arbeiter nicht weniger als 3½ Millionen Pfund Sterling an Lohn.

## Der polnisch-litauische Konflikt

Der Kampf um Wilna

Warschau, 20. September.

Die Allerbundversammlung schloß heute in öffentlicher Sitzung die gestrige Debatte über den litauisch-polnischen Streitfall vorläufig ab. Da eine Übereinkunft zwischen den polnischen und den litauischen Vertretern nicht erzielt werden konnte, nahm der Rat eine Entschließung an, wonach die Angelegenheit dem Rat zur Annahme empfohlen werden soll. Außerdem soll Hymans der Allerbundversammlung den gegenwärtigen Stand der ganzen Angelegenheit darlegen, so daß sie zur Beilegung des Streites beitragen kann.

Majors Müller-Brandenburg ist von dem Minister Dvinski zum Presschef der tschischen Landespolizei ernannt worden.



# Parteitag der Rechtssozialisten

Aus der Debatte von Montag nachmittag sind noch folgende bemerkenswerte Einzelheiten nachzutragen:

**Markwald (Frankfurt a. Main):** Die Resolution des Genossen Krüger ist nur die Geschichte in Eizene geigte Borchzeitung für die Regierungsbildung mit der D. V. P. (Sehr wahr!) Natürlich wird die D. V. P. alles unterschreiben und natürlich wird Stinnes zu ihrem linken Flügel gehören; aber die Klassenvertretung der Industrie wird alle vorkommenden Forderungen selbstkritisch, die sie unterschreibt. Zentrum und Demokraten können wenigstens auch anders, aber die Volkspartei muß arbeiterfeindlich sein, sonst entzieht ihr das Kapital die politische und finanzielle Grundlage. Es ist eine Sünde, die Einigkeit der Arbeiter durch eine Regierung mit der D. V. P. unnötig zu erschweren.

**Saßke (Breslau):** Die Breslauer Genossen teilen in der Frage der Regierungsbildung der Frankfurter Standpunkt mit und lehnen ein Bündnis mit der monarchistischen Volkspartei ab. Die D. V. P. muß drängen im Lande monarchistisch sein; sie würde die Mehrzahl ihrer Anhänger an die deutschnationalen verlieren, wenn sie ehrlich republikanisch handelte. (Zuruf: So ehrlich wie das Zentrum!) Das Zentrum kann auch republikanisch handeln, das sagt der Name Erzberger. (Gelächter und Zurufe, der ist leider tot!) Wir sollen ja nicht zwischen dem Zentrum und der Deutschen Volkspartei wählen, sondern zum reaktionären Zentrum noch die reaktionäre Volkspartei hinzunehmen. Man sagt auch, die Unabhängigen hätten nichts gegen die Koalition, aber die Masse der Arbeiterschaft würde im schlechten Sinne radikalisiert, und dadurch eine gedeihliche Politik gehindert. Lassen Sie immer den Gedanken der Einigung der Massen ausgeklügelt sein! (Beifall!)

**Strolich (Frankfurt a. Main):** Krüger hat sich nur gegen links gewendet, und sein Wort gegen die Genossen gesagt, die nach rechts zielen und die parteilichen Fragen in reaktionären Zeitungen erörtern. Wir müssen zur Tat übergehen und auch einmal nach links einen Schritt tun. (Zuruf: welchen?) Die Einigung kommt nicht durch kleinliche Rechenerempel zustande, dazu ist das Ziel viel zu hoch. Wir sind gegen eine Verbindung mit der D. V. P., mit der wir vielleicht rechts ein wenig gewinnen, aber links viel mehr verlieren würden. (Beifall!)

**Dr. Knack (Hamburg):** Es ist beschämend für eine große Partei, wenn sie immer nach links und rechts guckt, statt geradeaus zu schauen und das zu tun, was die Stunde gebietet. (Beifall!) Die Stunde aber gebietet keine fruchtlose Opposition, sondern das Festhalten an einer Regierung bis zum letzten Moment. Deshalb stellt sich die Hamburger Delegation geschlossen hinter die Resolution des Parteivorstandes. (Beifall!)

**Eberstedt (Kiel):** Wenn es nur nach unserem guten Willen ginge, dann würden wir die Regierung nur mit Demokraten und Unabhängigen bilden, aber so liegen die Dinge nicht. Agitation mag ein Unterschied bestehen in dem Zusammengehen mit den verschiedenen bürgerlichen Parteien, tatsächlich ist es aber ganz gleich, mit welcher bürgerlichen Partei wir eine Regierung bilden.

**Wache (Breslau):** Allerhöchste Kampfbereitschaft ist notwendig. Schon droht von Schließen ungeheure Gefahr, und der Parteivorstand hat nicht genug dagegen getan. Schließen kann nur Waffen. Die Zeit verfliehet wildwüchsig. Unsere Funktionäre wachen auf dem Lande und bis nach Breslau hinein auf Schritt und Tritt verfolgt. Politische Morde sind häufig. Die verhassten Gemaltentänze läßt die Staatsanwaltschaft wieder frei. Wir fordern sofortige Gegenmaßnahmen der Regierung gegen die verfassungswidrigen Wachen und für deren Durchführung unter der Kontrolle der Gewerkschaften.

**Katze (Jena):** Bedauerlich war die Schonung, die Krüger der Deutschen Volkspartei angedeihen ließ, während er die Unabhängigen mit Hoch überhäutete. Wenn wir die Koalition mit der Deutschen Volkspartei schließen, dann sind Trennungswände zwischen uns und den Unabhängigen ausgerichtet, während die Massen nach Einigung rufen. Es ist sehr leicht, Unabhängige zu schmähern, wenn sie sich nicht verteidigen können. (Lachen.) Wir müssen die Einigung mit den Unabhängigen vorbereiten, schon um die Republik auf weite Sicht zu haben.

**Scheidemann:** Die Sicherung der Republik herbeizuführen ist im Augenblick der wichtigste Punkt. Die Republik wird in Gefahr bleiben, wenn es uns nicht gelingt, der Reaktion das Handwerk zu legen. Wir brauchen dazu eine gründliche Reform der Verwaltung und Justiz, eine Reform des Schulwesens und der Universitäten. In die Regierung müssen die hinein, die entschlossen sind, das durchzuführen. Im Reich und in allen Ländern müssen die Mitglieder der Regierung bereit sein, zum Schutze der Republik alle staatlichen Nachmittel aufzuwenden. Es ist unhaltbar, daß im Reich gegen rechts, in Preußen mit Stegerwald gegen links regiert wird. Es ist grotesk, daß in Bayern eine deutschnational orientierte Regierung die Verordnungen des Reichspräsidenten sabotiert und Landesrecht über Reichsrecht stellt. Eine Veränderung ist freilich nur möglich, wenn wir Sozialdemokraten uns

## frei machen von allen Schlagworten

und ausschließlich mit den realen Tatsachen rechnen. Wir müssen uns frei machen von der Theorie der politischen Erbünde. Nicht was eine Partei getan hat, sondern was sie zu tun bereit ist, muß ausschlaggebend sein. Als wir die Parole ausgaben: „Unter keinen Umständen mit der deutschen Volkspartei“, war sie absolut richtig. Jede Regierungsbildung setzt ein bestimmtes Mindestprogramm voraus. Parteien, die es annehmen und bestimmte Ministerplätze uns überlassen, kann man nicht dauernd von der Regierung zurückweisen. Keiner von uns weiß, wie sich die Koalitionen in der nächsten Zeit entwickeln werden, aber alle Koalitionen sind vergänglich. Unvergänglich ist allein die Zusammengehörigkeit des ganzen arbeitenden deutschen Volkes, die Zusammengehörigkeit der Schaffenden in Deutschland und über Deutschland hinaus in der ganzen Welt. Alle denkenden Arbeiter wollen die Einigkeit, nur fehlt ihnen der Mut zum Entschluß. Ihnen allen, den geistig und körperlich Schaffenden, den Männern und Frauen rufen wir zu: „Kauft euch auf zum Entschluß, stellt die Einigkeit her, kommt zu uns in die große deutsche Sozialdemokratie! (Stürmischer Beifall!)

## Die Resolution des Parteivorstandes

Die in unserem Bericht erwähnte Resolution, die gemeinsam von Parteivorstand, Parteiausschuß und Kontrollkommission verfaßt wird, hat folgenden Wortlaut:

In der deutschen Republik geht alle Regierungsmacht vom Volke aus. Jede Partei hat die Möglichkeit, entsprechend ihrem Einfluß im Volke die Richtlinien der Regierungspolitik zu beeinflussen, was am wirksamsten durch Teilnahme an der Regierung geschehen kann. Auf die Teilnahme an der Regierung der Republik wird die sozialdemokratische Partei besonders dadurch hingewiesen, daß sie die größte Partei des deutschen Volkes ist und die einzige Partei, die von jeher ohne Einschränkung und grundsätzlich auf dem Boden der republikanischen Staatsordnung und des demokratischen Selbstbestimmungsrechts des Volkes steht, weil diese den günstigsten Boden für die Erringung der sozialistischen Gesellschaft bilden. Die Sozialdemokratie dürfe daher nicht warten, bis sie in der Lage ist, die ganze Regierungsgewalt allein zu übernehmen, sondern sie muß versuchen, auch vorher schon zur Sicherung der demokratisch-republikanischen Staatsform ihre politische Macht in die Wege zu leiten, um so auch der Erreichung ihrer sozialistischen Ziele näher zu kommen. Dies ist um so mehr notwendig, als die Not des deutschen Volkes die Anspannung aller Kräfte erfordert. Die Sozialdemokratie ist bereit, zu diesem Zwecke mit anderen Parteien im Reich und in den Ländern in der Regierung zusammenzuarbeiten, wenn mit diesen Parteien eine Verständigung über ein Arbeitsprogramm möglich ist, das folgende Grundforderungen enthält:

Anerkennung und Beseitigung der Republik, Sicherung des demokratischen Selbstbestimmungsrechts des Volkes in Reich, Staat und Gemeinde, Demokratisierung der Verwaltung und

Republikanisierung der Reichswehr und der Volkseigenen, Sicherung und Ausbau der sozialen Gesetzgebung, Politik der Völkervereinigung, loyale Erfüllung des Friedensbittens in den Grenzen unserer Leistungsfähigkeit und Ausführung der dadurch bedingten Lasten in erster Linie durch weitestgehende Heranziehung des Volkes.

Zu überlegen soll der Parteivorstand unter Berücksichtigung der allgemeinen politischen Lage im Benehmen mit den in Frage kommenden Fraktionen über den Eintritt von Parteigenossen in die Regierung entscheiden.

## Die Verhandlungen vom Dienstag

**Ruben (Braunschweig):** Wir haben in Mitteldeutschland ganz bewußt republikanische Feiern gefeiert als Gegengewicht gegen die Ordnungswellen. Wir haben mit der U. S. P. gute Erfahrungen gemacht. Deshalb muß die Verhandlungspolitik gegen links unterbleiben. Die Resolution des Parteivorstandes muß uns vor allen Dingen eine Regierungsbildung mit der U. S. P. erleichtern.

**Hermann Müller (Parteivorstand):** Das Kernproblem unserer Debatte ist die Frage der Regierungskoalition. Es handelt sich dabei um die Stabilisierung der republikanischen Einrichtungen, um die Fernhaltung schwerer politischer und ökonomischer Erschütterungen von Deutschland. Die Politik ist keine Wissenschaft, sondern eine Kunst. Solche Reden wie Genosse Ruben habe ich als Unbegreifliches in Gehör auch gehalten. (Große Heiterkeit.) Aber damals standen wir unserem Tode gegenüber, dem Dürstertum gegenüber. Der Republik gegenüber gebührt eine ganz andere Staatsführung. (Sehr wahr!) Verbrannt doch endlich die Manuskripte, die Ihr

## für Volkerversammlungsreden vor der Revolution

angefertigt habt. (Sehr gut! Heiterkeit.) Ueber die Erfolge der Thüringer Genossen sind wir alle erfreut. Aber nun müssen die Thüringer Genossen mit ihrem Siege auch etwas anfangen. Noch kann niemand sagen, ob die Unabhängigen vernünftig sein werden. Niemand im Parteivorstand, im Parteiausschuß und in der Kontrollkommission will unter allen Umständen mit der Deutschen Volkspartei in die Regierung. (Sehr wahr!) In Thüringen fehlen dafür meines Wissens alle Voraussetzungen. Die Debatte hat sich ganz auf die Deutsche Volkspartei zugespielt, aber sie ist tatsächlich noch in keiner Resolution eines Parteitages auch nur erwähnt. (Heiterkeit!) Es handelt sich nicht um den Namen einer Partei, sondern um die Schaffung eines Regierungsprogramms, mit dem wir die Republik erhalten und schützen wollen. Die Deutsche Volkspartei ist nicht Einheitspartei. Der aufmerksame Beobachter und ehrliche Politiker muß aber einige Zeichen der Veränderung und Besserung anerkennen. Ich bedauere es sehr, daß Stinnes, den ich nie für einen Politiker gehalten habe, von der Regierung ferngehalten nach Spaa eingeladen wurde. Keinesfalls darf er wieder arbeiterfeindlich verwendet werden, wir wollen aber nicht ein Gegenstück zur politischen Seite gegen Erzberger oder Schöbemann schaffen, in dem wir Stinnes als den schwarzen Mann hinstellen. Die Umdeutung der Reichsregierung hängt von der

## Verständigung über ein Steuerprogramm

ab, und in dieser Beziehung sehe ich recht schwarz in die Zukunft. Ich sehe die Großkapitalisten, gerade so wie die Unabhängigen, vielfach nicht aus, was sie denken. (Heiterkeit.) Die Unabhängigen haben uns geradezu antwortet, in die preussische Regierung einzutreten. Der Casseler Beschluß bezog sich lediglich auf die Reichspolitik. Die Republik hat uns leider die Einheitsrepublik nicht gebracht. Wir müssen unbedingt Einfluß auf die Länder bekommen, anders geht es nicht. Zur akuten Abwehr und dauernden Festigung der republikanischen Einrichtungen müssen wir uns bereit erklären zur Zusammenarbeit mit allen Parteien, die die republikanische Staatsverfassung mit allen Mitteln verteidigen wollen. Außersten Falles würde die Arbeiterklasse allein verteidigen, aber dann nur unter schwersten Erschütterungen. Die wunderbare Größe und Disziplin der Demonstrationen muß umgekehrt werden in politische Macht, um die Reaktion an der Quelle zu treffen. Begnen Sie alle Abänderungsanträge ab und machen Sie damit dem deutschen Proletariat die Arme frei! (Leb. Beifall!)

**Edward Bernstein:** Lehnen wir den Antrag des Parteivorstandes ab, dann kommen wir wahrscheinlich zu keiner Veränderung der preussischen Regierung und scheiden bald aus der Reichsregierung aus. Die Folgen würden für die Republik katastrophal sein. Denn dann stände die ganze Arbeiterschaft feindlich zur Regierung der Republik. Auch das Ansehen Deutschlands würde dann gerade bei den Ausländern sinken, die uns freundlich gesinnt sind. Politisch ist es natürlich ein Opfer, wenn wir in die Regierung hineingehen. Wenn wir also eine starke Regierung der Republik haben wollen, müssen wir unter bestimmten Bedingungen der Deutschen Volkspartei sagen können, kommt hinein! Die unüberwindlichen Schwierigkeiten und Unannehmlichkeiten wären zu überwinden, wenn die Unabhängigen die Politik der Unverantwortlichkeit aufgeben. (Sehr gut!) Vorher sehe ich keine Möglichkeit der Einigung.

**Wetlich (Breslau):** Wenn eine Erweiterung nach rechts nun einmal kommen soll, dann müssen wir durch schärfere Bedingungen die Stellung unserer Partei möglichst zu stärken suchen. Ohne die Schiffe auf Erzberger läßt

## der Kronprinz vielleicht schon in Dets,

wo die Wohnung für ihn schon hergerichtet ist. (Hört, hört!) **Schilling (Köln):** Wenn wir die Koalition nach rechts erweitern, werden die Unabhängigen in schärfster Opposition treten, und bei geschärfter Taktik mehr Anhänger gewinnen, als wir. (Widerspruch.) Wenn es wegen der Steuerfragen zu einer Reichstagsauflösung kommt, so sind unsere Aussichten, befehligt mit dem Zusammengehen mit der Deutschen Volkspartei ziemlich schlecht.

**Schiller (Göttingen):** Wir stehen vor der Formulierung zweier Bekenntnisse. Das eine fragt, wie können wir mit den Massengenossen von links wieder zusammenkommen? Das andere lautet die Basis für das Zusammengehen mit der arbeiterfeindlichen D. V. P. Was trennt uns nach der grundsätzlichen Aufgabe der Forderung der Diktatur noch von der U. S. P.? In der Frage der Koalitionen können wir den Unabhängigen die Koalition machen, daß die allen Nationalliberalen für uns nicht koalitionsfähig sind, weil sie ihre reaktionäre Gesinnung nach jezt wiederholt betonen, und weil eine Koalition die Kraft der Massen schwächen würde.

**Wolf Rötzer:** Außenpolitisch gesehen würden unsere Regierenden Gegner eine Regierung mit hart positivistischer Sozialdemokratie, andererseits eine Zusammenfassung der wirtschaftlich entscheidenden Kräfte und eine Stabilisierung gern sehen. Dadurch wird die Regierung voll verhandlungsfähig. Außenpolitische Gründe empfehlen also

## die Regierung auf möglichst breiter Basis.

Wollen wir der Deutschen Volkspartei weiter erlauben, Agitation im Lande ohne die fürchterbare Last der Verantwortung zu treiben? Wir müssen in dieser merkwürdig zusammengesetzten Partei die gesunden Kräfte für positive Arbeit mobilisieren und die negativen Kräfte binden.

**Otto Braun:** Es handelt sich für uns um die Umstellung aus einer vornehmlich agitatorischen zu einer Regierungspartei. Das fällt natürlich manchem, der gewohnt war, freiweg zu reden, schwer. Bei dieser wichtigen Entscheidung können wir uns den Partner nicht aussuchen, sondern er muß uns durch das Wahlergebnis präsentiert werden. Es wäre verhängnisvoll, wenn wir hier wieder für ein Jahr eine feste Bindung aufstellen für die Regierungsbildung im Reich und in den Ländern. Es können im Laufe des Jahres Situationen kommen, die wir gar nicht voraussehen können. Die Demokratisierung der Verwaltung ist nicht möglich durch die Entlassung aller und Einstellung neuer Beamter. Dafür fehlt es an Kräften. Es kommt darauf an, die vorhandenen Beamten so umzustellen, daß sie der Republik genau so dienen, wie früher der Monarchie. Die Forderung, daß die Massen zu den Unabhängigen gehen würden, ist völlig unbegründet. Die

Verfallerscheinungen bei der U. S. P. D. sind eine Folge der Reichspolitik dieser Partei. Das Volk will positive Erfolge, keine radikalen Phrasen. (Beifall.)

**Severing:** Was hier über die Regierungsbildung gesagt wurde, habe ich schon vor Monaten gesagt. Unsere Politik darf sich niemals nach Nachbarschaften richten. Was ist eigentlich

## der Unterschied zwischen Stinnes und Thyssen?

Stinnes ist der evangelische Mann und Thyssen der Zentrums-katholik. Der Klassenkampf richtet sich nicht gegen den Evangelischen oder Katholiken, sondern gegen den Unternehmer. (Sehr richtig!) Wir müssen die Politik mit Männern durchsehen, die auch in der Stunde der Gefahr zur Republik stehen. Da wir nun allein die Macht nicht haben, haben wir uns Bundesgenossen, die uns zwar nicht weit genug geben, die aber das kleinere Übel sind. Darum keine Fesseln und keine politische Abstinenz.

Das Schlüsselwort erhält Franz Krüger: In der Einigungsfrage hat Krich-Jena die Wärme gegenüber den Unabhängigen vermisst. Aber auch niemand kann gezwungen werden, die zwiespältige und zweideutige Politik der Unabhängigen als eine Art Ideal hinzustellen. Gegenüber Markwalds Warnung vor der Anverfälschung der D. V. P. ist mindestens ebenso wunderbar die Vertrauenslosigkeit der Frankfurter gegenüber den Kommunisten. Man braucht nicht den Kommunisten Gelegenheit zu geben, ihre Agitation vor Massen zu tragen, die sie aus eigener Kraft nicht zusammenbekommen. Unter großer Heiterkeit des Parteitages verliest dann Krüger einen Beitrag des Chemnitzer „Volkstimme“, der die Einführung eines festen, unveränderlichen Währungsmasses nach Art des Metermaßes und des Kilogramms fordert. (Lautes Gelächter.) Unsere Entscheidung soll nicht sagen, daß wir nun unter allen Umständen mit der D. V. P. zusammengehen. Das soll der sachlichen Prüfung im Einzelfalle überlassen bleiben. Auch die D. V. P. ist nicht unveränderlich und deshalb wollen wir uns alle Möglichkeiten offenhalten und uns tatsächliche Bewegungsfreiheit sichern. Mit der Pflicht einer Koalitionspartei in der Republik ist es unvereinbar, daß sie republikanisch regiert und monarchistisch agitiert. Man fragt, wo bleibt der Schutz der Republik mit der D. V. P.? Aber wo bleibt der Schutz der Republik ohne die Sozialdemokratie? Unsere Haltung bedeutet keine Abkehr von der höheren politischen Politik. Wir müssen verhindern, daß die Macht in der Republik wieder in die Hände der reaktionären Parteien übergeht.

In der Nachmittagsagung findet die namentliche Abstimmung über den Antrag des Parteivorstandes zur Regierungsbildung statt. Der Antrag wird dahin abgeändert, daß die ausgeführten 6 Grundforderungen als „Mindestforderungen“ bezeichnet werden. Mit dieser Abänderung wird der Antrag

mit 294 gegen 67 Stimmen angenommen.

Damit werden alle anderen zu dieser Frage vorliegenden Entwürfe für erledigt erklärt. — Es folgt Punkt 3 der Tagesordnung: Bericht der Reichstagsfraktion.

**Berichterstatter Gustav Hoch:** Die Fraktion hat fleißig gearbeitet, aber mit geringem Erfolg und unter fast unerträglichem schmerzlichen Berhältnissen. Die Teuerung geht weiter und weiter. Ihr Grund ist der Zusammenbruch der kapitalistischen Wirtschaft durch den Krieg und nach dem Kriege. Das Geld ist kein Geld mehr, sondern nur der Schein eines vollkommen verschuldeten Wirtschaftskörpers, der ländlich an Wert verlor. Höhere Löhne, neue Steuern werden doppelt und dreifach auf die Warenpreise abgewälzt. Die Koalitionspolitik kann schon in wenigen Monaten unerträglich werden. Stellen Sie sich den Winter vor mit der fürchterlichen Teuerung und der Arbeitslosigkeit von Millionen. Das wird körperlich und seelisch unerträglich werden. Dann stehen wir vor einem fürchterlichen Entscheidungstypus der Revolution, denn das Schlimmste ist, daß

## die Ausbeutung und Auswucherung unseres Volkes

so groß und gewaltig ist, wie nie.

Jetzt will die Industrie selbst die Gester für die Zahlung der Dividenden in der nächsten Zeit anbringen, vermutlich, um unsere Ziele zu durchkreuzen. In der Sozialfrage geht jeder Schritt vorwärts. Wir dürfen uns von den geschäftswandigen Herren der Industrie nicht hinziehen lassen. Selbst wenn diese Kredite zustande kommen, haben wir damit nur neue Schulden, keine neuen Einnahmen. Das Reich muß sich trotzdem durch Eingriff in die Schatzkammer einen unabhöhrbaren Anteil an dem Ertrage des Großkapitals sichern. Beim Zusammentritt des Reichstages muß uns die Regierung ihr ganzes Steuerprogramm vorlegen. Wie zwingen wir dann die bürgerlichen Parteien auf unserer Bahn vorwärts? Die Reichstagsauflösung wäre zu empfehlen, wenn wir aus dieser Wahl mit einer ganz anderen Kraft zurückkehrten.

**Georg Schmidt** spricht über die Teuerungverhältnisse. Er richtet an die Parteipresse das Ersuchen, den Beröffentlichungen des Landbundes größere Aufmerksamkeit zu spenden und etwas mehr Selbstkritik zu üben an der Haltung der Parteileitung gegenüber landwirtschaftlichen Dingen. Man sollte nicht immer nur von der wucherischen Landwirtschaft sprechen, denn es gibt auch einen Wucher in Eisen, Textilwaren und im Zwischenhandel. Wir müssen die Bauern gewinnen und den Einfluß des Landbundes zurückdrängen, unter dem Gesichtspunkt, daß die Führer des Landbundes die schärfsten Feinde der Republik sind. (Allseitige Zustimmung.)

Zur Steuerfrage, die am Mittwoch an erster Stelle zur Verhandlung steht, liegt eine Resolution des Referenten Keil vor. Die Verhandlungen werden hierauf am Mittwoch vertagt.

Die Tarifverhandlungen im Buchdruckgewerbe. Die gestern in Berlin begonnenen Tarifverhandlungen des Tarifausschusses der deutschen Buchdrucker zur Festlegung neuer Teuerungslagen sind heute geschlossen.

## Ausgeschnitten!

Druckfache  
an die  
Hauptredaktion der „Freiheit“  
Berlin G2  
Breite Straße 8-9







Groß-Berlin

Warum stehst Du abseits?

Politische und wirtschaftliche Kämpfe erschüttern das gesamte Wirtschaftsleben. Es wird um Macht gerungen. Hin und her wogt der Kampf. Es geht um das Fell der breiten Massen der Bevölkerung.

Die Klassenbewusste Arbeiterschaft bedient sich in den großen Kämpfen verschiedener Mittel. Neben der Verbreitung der Presse steht ihr das Mittel der Organisation in wirtschaftlicher und politischer Beziehung zu Gebote.

Die U. S. P. D. steht auf dem Standpunkt, daß das Ringen um die Macht zwischen besitzender Klasse und Arbeiterklasse ein Klassenkampf ist, der ausgekämpft werden muß.

Falsche Scham ist es, die viele abhält, zu ihren alten Klassengenossen zurückzukehren. Wohl sehen sie ein, daß der Weg, den ihnen die Kommunisten weisen, nicht zum Ziele führt.

Und doch kann die Arbeiterklasse durch politische Indifferenz nicht vorwärts kommen. Es muß sich jeder aufraffen und herauskommen aus politischer Gleichgültigkeit.

Vor einigen Wochen kam ein alter Kampfgenosse zu uns, warf uns die Mitgliedskarte der U. S. P. D. auf den Tisch und erklärte, jetzt habe er es satt.

Felsenbrunner Hof

Von Anna Croissant-Kust

(70. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

„Gehören ihr die Acker? Wo ist denn Rätchen? Ich will sie sehen, ich will mit ihr reden.“ „Aber nicht zum Greichen, ich bitte Sie, um Gotteswille, sie ist so streng! Allweil zlehnt sie sich an, sie will in die Stadt.“

„Ja, schickt sich dann des? Mama Kayberger, Mutter Gretchens, das in Frankfurt lebte, machte ihr argwohnisches Gesicht.“

„So e Mädchen kriegt glei e Renomme —“ „Besonders wenn es mit mir geht, sagen Sie das nur ruhig heraus, wenn Sie meinen, gehen Sie als dame d'honneur mit!“

Es war ja prachtvoll! Soeben hatte er Gretchens Bild in der Hand gehalten, und nun sollte er nicht mit Rätchen auf der Landstraße gehen! Rätchen wurde also auf Ehrbarkeit erzogen, sie war eine andere Nummer. Sie war das wohlhabende, strenge, kleinblütigerische Mädchen!

Er stellte sich einen straff gespannten Scheitel und ein über die Brust ebenso straff gespanntes Kleid vor. Sie trug gewiß Zwirnhandschuhe und nahm eine Glanzledertasche nach der Stadt mit!

Das stellte er sich vor, aber Rätchen sah ganz anders aus, ganz anders! Sie gefiel ihm, gefiel ihm sogar sehr. Nicht sehr groß, mit starken, aber schön geformten Zügen, länglichen, etwas verschleierte dunklen Augen, hatte sie noch ganz das ruhige und Zurückhaltende, das sie früher schon gehabt. Man sah ihr sofort einen gewissen wortlangen Stolz an; sie zeigte nicht zuviel Freundlichkeit und war doch verbindlich dabei; sie stellte sich fremd und ließ doch eine gewisse Vertraulichkeit durchblicken. Die Alte hatte ganz recht: „e fein, solid' Mädchen“. Einfach und anspruchslos war ihr Anzug, dabei aber sehr geschmackvoll.

Sie lachte nicht gern, und wenn sie lachte, sah man nur ihre prachtvollen Zähne, man hörte sie nicht lachen.

Peter sah sofort, daß sie verarbeitete Hände hatte; sie redete auch ganz unbesangen von ihrer häuslichen Tätigkeit und der kleinen Oekonomie. Dabei kam Peter wie von selbst auf die Acker. Aber von den Aekern wollte sie nichts wissen:

andere es ihm nachhaken und wieder wie früher in die alten Kampf-reihen eintreten.

Ballettscheuen nützt nur der Reaktion und ist eines Klassenbewußten Arbeiters unwürdig!

Öffentliche Gemeindevärlerversammlungen

Mittwoch, abends 7 Uhr

Schulaula, Auguststraße 67-68. Steglitz, Schulaula, Eifenstraße. Baumshulenweg, Lysenau, Baumshulenstr. 78. Referenten sind die Genossen Kießig, Weise und Zubeil.

Donnerstag, abends 7 Uhr

Schöneberg-Friedenau: Aula der Chamisso-Schule, Barbarosaplatz. Niederschönweide, Schulaula, Berliner Straße 31. Referent Genosse Seger.

Freitag, abends 7 Uhr

Schulaula, Greifenhagener Str. 20. Schulaula, Weihenburger Str. 4. Niederschönhausen-Nordend im Lokal Sansouci. Referenten: Genossin Weigl und Genosse Rudig.

Lehrgang für Spickelkloppein

Die seit einer Reihe von Jahren an der 1. Städtischen Wahlfortbildungsschule für Mädchen und Frauen, Berlin SW 61, Johanniterstr. 8, bestehenden Kurse zur Förderung der Kunst des Spickelkloppeins erfreuen sich von Halbjahr zu Halbjahr eines ständig wachsenden Zuspruchs.

Ein Millionenchwindel vor Gericht

Die Millionenbetrügereien der „Roland A.G.“ bilden den Gegenstand eines umfangreichen Strafprozesses, welcher gestern vor der 11. Strafkammer des Landgerichts 1 unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Schimmaß begann und voraussichtlich 2 Wochen dauern wird.

Die durch den Krieg verursachte Lage der deutschen Geschäftswelt hatten sich bekanntlich vielfach Betrüger zunutze gemacht, um ihr Schicksal ins Trockene zu bringen. Dies gelang dieser ehrenwerten Gilde auch zum Teil, da sich viele Kaufleute, um Rohstoffe zu erlangen, auf Versicherungen und Zahlungsbedingungen einließen, welche sie als vorsichtige Geschäftsleute vor dem Kriege glatt abgelehnt hätten.

Die durch den Krieg verursachte Lage der deutschen Geschäftswelt hatten sich bekanntlich vielfach Betrüger zunutze gemacht, um ihr Schicksal ins Trockene zu bringen. Dies gelang dieser ehrenwerten Gilde auch zum Teil, da sich viele Kaufleute, um Rohstoffe zu erlangen, auf Versicherungen und Zahlungsbedingungen einließen, welche sie als vorsichtige Geschäftsleute vor dem Kriege glatt abgelehnt hätten.

sehenen Duplikatfrachtbriefes erhoben die Betrüger dann den hinterlegten Kaufpreis.

Durch diese Schwindelfirmen, welche sich „Roland A.G.“, „Merkur Handels-A.G.“, „von Dilling“, „Kurt Berndt, Merzbürg“ u. a. nannten, ist die deutsche Geschäftswelt um mehrere Millionen Mark betrogen worden. — Die jetzigen Angeklagten wollen durch die Rechtsanwälte Dr. Schwindt, Dr. Kolenlamert, Dr. Stern und Wibel den Beweis dafür antreten, daß sie selbst völlig in gutem Glauben gehandelt haben und von Krafad betrogen seien. Neben circa 20 Zeugen ist als Sachverständiger der Gerichtsarzt Sanitätsrat Dr. Rehsen geladen worden.

Die Klauie-Röhm-Gläubiger im Schwurgerichtssaal

Zu turbulenten Szenen kam es gestern vor dem großen Schwurgerichtssaal des Reichsgerichtskriminalgerichts, in welchem unter Vorsitz des Konfuzsrichters, Amtsgerichtsrat Jacoby, die erste, konstituierende Gläubigerversammlung in dem Klauie-Röhm-Konkurs stattfand. Lange vor Beginn der Versammlung waren die Treppen von Hunderten von Menschen belagert, so daß infolge heftigen jeglicher Absperremassnahmen der Verkehr im Gericht völlig ins Stocken geriet.

Als Vertreter des Karl Röhm und seines Centralbevollmächtigten, des Handelsanwalts Mauer waren die Rechtsanwälte Dr. Kurt Pincus, Dr. Farnowski, Dr. Th. Ahrens und Dr. Fren anwesend. Für die Gläubiger bzw. den Gläubigerausschuß waren Heinrich Klauie, Dr. Brühl, Dr. Klein, Dr. Kuslat, Dr. Schweitzer und Dr. Prell, ferner Herr Cahen vom Gläubigerkongressverband u. a. anwesend. Diese Herren nahmen auf den Geschworenenbänken Platz.

Vor Eintritt in die Verhandlungen reiste der Vertreter der Klauie'schen Interessen eine Verzögerung der Gläubiger-Versammlung an, aus dem Grunde, weil bisher über die Beschwerde gegen den Eröffnungsbeschluß vom dem Landgericht noch nicht entschieden sei und im Falle einer Aufhebung dieses Beschlusses das gesamte, umfangreiche und ungeheure Kosten verursachende Verfahren in der vorliegenden Gläubiger-Versammlung, welche eher einer tiefen Volksversammlung gleiche, illusorisch wäre.

Mißstände bei der Eisenbahn

Da während der Ferien das Personal auf den Personbahnhöfen nicht anreicht, werden zur Anshilfe an Stelle von Arbeitslosen, Güterbodenarbeiter herangezogen. Dort ist aber ebenfalls Mangel an Personal, weil für die entlassenen Leute Neueinstellungen nicht vorgenommen wurden. Die Folge davon ist, daß auf allen Güterbahnhöfen Berlin ein ganz erheblicher Teil der beladene Güterwagen (Stückgut) nicht rechtzeitig entladen werden.

Auf den großen Rangierbahnhöfen stehen hunderte von beladenen Stückgutwagen. Im Juli und August blieben auf dem Bahnhof Wassermarkt täglich 100—150 Wagen, auf dem Potsdamer Bahnhof 80—100 Wagen, in Rankow 50—80 Wagen, unausgeladen stehen. Die Lebensmittel, die in diesen Stückgutwagen 8—14 Tage standen, sind natürlich in der großen Hitze zu m größten Teil verdorben. Ein großer Teil dieser Lebensmittel-Empfänger hat erhebliche Regressansprüche an die Eisenbahnverwaltung gestellt, bis zu 100 000 M.

Durch die Nichtentlastung von Arbeitslosen sind der Volkswirtschaft sehr viele hochwertige Nahrungsmittel verloren gegangen. Die Verwaltung weiß sich nicht anders zu helfen, als die Güterbodenarbeiter, auch unter Umgehung des Arbeitsvertrages, zu einer unzumutbaren Arbeitsleistung heranzuziehen. Es sind Bestrebungen im Gange, 7 Tage in der Woche arbeiten zu lassen.

Die Unfähigkeit der Verwaltung, die durch diese Zustände deutlich zum Ausdruck kommt, schadet nicht nur die Steuerzahler in doppelter Hinsicht, sondern sie führt auch noch zu einer besonderen Belastung der Verwaltung, weil die Überanstrengung der Güterbodenarbeiter eine hohe Krankenliste zur Folge hat.

Jugendweise in Neudölln

Am Sonntag, den 25. September, vormittags 11 Uhr, findet im großen Festsaal der „Neuen Welt“, Solenhöhe, die Jugendweise statt. Mitwirkende: Herr Kammerling Karl Krüger (Staatsoper), Herr Drostel (Violine), Herr Konzertmeister Hermann Hopf (Cello), Fel. Elstriede Hopf (Harmonium), der Arbeiter-Rinderhor Neudölln. Genosse Karl Schneider, Weihenriede. Eintrittskarten zum Preise von 3 M. für Erwachsene und 1.50 Mark für Kinder, einschließlich Garderobe, sind in den beiden

„Die gehören doch Mutter!“ mehrte sie ab, „die sind doch ihr Stolz und ihre einzige Freude!“ „Aber verjüge kannah nur du drüwewer, auf dein Name sind sie geschrieb.“

„Sie liegen aber doch denkbar ungünstig!“ erwiderte sich Peter. „Es wäre doch viel besser, wenn Sie hier herum etwas haben könnten!“

„Ja, wenn!“ antwortete Rätchen, „dann ließe sich ja darüber reden, eher nicht.“

So mußte Peter wieder nach Hause ohne einen sicheren Bescheid. Seine Begleitung hatte Rätchen mit einem Scherzwort, aber so bestimmt ausgeschlagen, daß er nicht mitgehen konnte, ohne ausdrücklich zu erscheinen. Und er wäre so gern mitgegangen! Er hätte so gern eindringlicher und überzeugender mit ihr gesprochen, als es in Gegenwart der alten Chignonmama möglich war. Nicht von den Aekern allein, von alten Zeiten — Rätchen erschien ihm auf einmal als die Einzige, die ihn nie vergessen, die über seine Blüht getrauert hatte. Ein paarmal hatte er während der kurzen Unterredung das unbestimmte Gefühl gehabt, als kämpfe sie eine Erregung nieder, als stelle sie sich freudiger und kälter. Auf dem ganzen Heimweg beschäftigte er sich mehr mit ihr als mit den Aekern und seinen Plänen, und mehr als mit irgendeinem Menschen seit seiner Rückkehr. Freilich, als er wieder die Acker drüben liegen sah, wurde er unruhig und kam mürrisch heim. Das Haus erschien ihm unwohnlich und fremd, weiläufig, ungemütlich, viel zu groß für ihn, er zankte über das Essen, über die Stille ringsum. Der Widerhall seiner Tritte in dem leeren Hause erregte ihn in seiner gespannten Stimmung. Er fand alles schmutzig und verkommen und zog Parallelen zwischen der Kaybergern gelestem Haus, ihren strahlend reinen Stuben und seinen staubigen und unausgeräumten Zimmern, die ganz zugunsten des gräßlichen Maurermeisterzeugnisses ausstießen. Wenn er nur wenigstens ein gemütliches und wirkliches Gefühl gehabt hätte! Da ihm die Zeit fehlte, war er noch dazu gekommen, einen der unteren Räume für sich herrichten zu lassen. Der alten Köchin konnte er nicht zumuten, ihm die lägliche Abzug über zwei Stiegen hinaufzuschleppen; denn unten waren außer dem verhassten großen Wohnzimmer nur der vergoldete Salon, die riesige Küche, Vorratskammern, Speisezimmer und Garderoben. Die Zimmer der Mutter, des Vaters und Heinrichs Zimmer mied er noch immer; es war ihm unmöglich, sich dort auch nur eine behagliche Stunde zu gönnen, wo er so viel unruhvolle, schmerzliche und qualvolle Tage durchlebt. Der ganze Haushalt war bis jetzt nur als

nebenächlich betrieben worden, eine Art Interimswirtschaft: Es nahm ihn zu viel Wichtiges in Anspruch; aber heute störte ihn das lieblos zubereitete und auf einer Kante des großen Eßtisches zurechtgestellte Mahl. Wie fast jeden Tag kam ihm die alte Köchin, die auch die Haushälterinnenstelle vertrat, mit endlosen Dienstbotengeschichten, mit Klagen und Drohungen, augenblicklich zu gehen.

„Was ich sag, is lor mir; sie hören all nit uff mich. Sie selber hawwen kein Zeit, also muß e Frau her.“

Das hatte sie schon oft gesagt, und er war stets mit der Erwiderung bei der Hand: „Recht; kommt Zeit, kommt Rat. Nur nicht übers Anie brechen.“ Dabei war's geblieben; der Alten war's nicht ernst, und ihm auch nicht.

Aber heute kam ihm der Gedanke der Alten gar nicht so schlecht vor. Sie hatte recht. Es gehörte eine Frau her, eine Person, die befehlen konnte, auch wenn er nicht da war; der die Dienstboten folgen mußten, wie ihm. Warum sollte er denn nicht heiraten? Es war der schlechteste Gedanke nicht. Bisher hatte ihm der Wirbel des Lebens keine Zeit gelassen, sich um Frauen zu kümmern, und in der Einsamkeit seines amerikanischen Besitzes war ihm kein Weib unter die Augen gekommen, das er zu seiner Frau hätte machen können. Aber hier in der Heimat — da war gleich Rätchen — sie gefiel ihm, warum sollte er es nicht mit ihr versuchen? Er mußte sich das noch recht gut überlegen. Peter lachte leise, dann war ja auch die Sache mit den Aekern prächtig erledigt. Die etwas unbequeme Mutter hielt man fern; die geliebte Alte würde das auch verstehen, wie sie es verstand, daß Gretchens Existenz verschleiert werden müsse.

Das war ja eine gar nicht zu verachtende Idee und wert, daß man gut darauf schielte! In prächtigster Pause legte sich Peter zu Bett; er hätte sich beinahe die Hände gerieben, so zufrieden war er mit seinem Tag.

Am Morgen spornete es ihn sofort zur Ausführung eines Planes an, den er längst gehegt, für den er alles schon besaß und vorbereitet und dessen Ausführung er nur bisher verschoben hatte. Seine Wiesen und Acker waren zu trocken, er hatte schon den Vater darüber klagen hören, und der hatte sich in früheren Zeiten schon mit Vertiefungsplänen getragen, ohne sie auszuführen. Der Winter war ausnahmsweise milde und sonlig gewesen, er hatte viel zu wenig Feuchtigkeit gebracht; überhaupt, wenn das Jahr nicht ein regnerisches war, konnte der Ertrag nicht genügen. Nun sollte aber früh ans Werk gegangen werden. Wofür war denn der Bach da und rann fast unnütz durch die Gemarkung?

(Fortsetzung folgt.)



„Freiheit“ Expeditionen Redakt. 3 und Emserstr. 82 zu haben. Die Kinder, welche ihre Teilnehmer- und Elternkarten noch nicht abgeholt haben, wollen diese umgehend beim Genossen Schneider, Belfest 64 in Empfang nehmen. Ausgabe täglich von 3-5 Uhr.

**Welkenlee.** Seinen 60. Geburtstag begeht heute unser Parteigenosse Paul Hoak im Reichsarbeiter-Krankenhaus. Als alter Kämpfer hat sich Genosse Hoak in der Parteibewegung am Orte durch seine eifrige und vorbildliche Tätigkeit sehr verdient gemacht; bekleidete schon in den neunziger Jahren das Amt als Vorsitzender, welches er auch jetzt wieder mit Lust, Liebe und großem Interesse ausübt. Leider zwang ihn ein schweres Leiden das Krankenhaus aufzusuchen und deshalb das Amt als Vorsitzender abzugeben. Wir wünschen ihm am heutigen Tage baldige Genesung.

Die Beratungen über den Vohntarif der städtischen Angestellten gehen am Donnerstag im Reichsarbeitsministerium weiter. Die Beratungen über den Manteltarif sind zum Abschluß gekommen, vorbehaltlich der Zustimmung des Gesamtmagistrats und der Vollversammlung der Berufsangehörigen. Die Verhandlungen wurden im Reichsarbeitsministerium unter dem Vorsitz eines Vertreters des Reichsarbeitsministeriums geführt.

Die Landesversicherungsanstalt Berlin. Am Römischen Park 3, wird vom 1. Oktober 1921 ab wieder Zuschüsse zu den Kosten künstlicher Gebisse gewährt. Anträge dieser Art können wieder gestellt werden. Erforderlich ist die Vorbringung der letzten Quittungsart, der Aufrechnungsbescheinigungen über die früheren Karten und eines Ausweises über die Zugehörigkeit zu einer Krankenkasse.

**Laubstummel-Partei und Deutschlands.** Am Freitag, den 30. September, abends pünktlich 8 1/2 Uhr, in den Rüstertälen, Kaiser-Wilhelm-Straße 30, öffentliche Wähler-Versammlung, Tagesordnung: „Der Kampf um die Einheitsgemeinde Groß-Berlin.“ Stellung der sozialistischen Parteien zu unseren Zielen und Bestrebungen. Laubstummel, Eltern laubstummer Kinder! Auf zum Kampf für ein sozialistisches Groß-Berlin!

In der Funktionärerversammlung in Charlottenburg, am Montag, ist ein Mantel verkauft worden. Es wird gebeten, ihn bei dem Genossen Hille, Kaiserin-Augusta-Allee (Konsumverein) abzugeben.

## Gewerkschaftliches

### Beamtenpsyché

Zur wirtschaftlichen Lage und politischen Einstellung der Beamten.

Vor dem Kriege war der Beamte durchschnittlich besser gestellt als der Arbeiter. Seine wirtschaftliche Lage war einigermaßen gesichert, er hatte schon damals bezahlte Ferien und die Pension, die, wenn sie auch nicht üppig ausfiel, näherte doch seinen Mann. Das ultrapreußische System bläute all seinen Untergebenen eine Einheitsmeinung ein, gewährte dem Beamten zudem noch einen gesellschaftlichen Vorrang, so daß das Bedürfnis etwa wider den Stachel zu löden, gar nicht aufkam.

Diese „schönen“ Zeiten haben sich nun glücklicherweise geändert. Die Arbeiterschaft aber konnte sich trotz ihrer gewerkschaftlichen und politischen Organisation sozial bessere Bedingungen erkämpfen, als manche Beamtenkategorien sie heute haben.

Dieser wirtschaftliche Mißstand zwang auch viele Beamte, sich gewerkschaftlich zu organisieren. Wie die Blitze sprossen aus dem Boden der wirtschaftlichen Unzufriedenheit viele Beamtenverbände hervor, während die bereits bestehenden Zuwachs an Mitglieder gewannen. Das Gros der reinen Beamtenverbände blieb politisch „neutral“ und häutete sich wirtschaftliche gewerkschaftliche Methoden zur Anwendung zu bringen. In der Abfassung von Petitionen über Wirtschafts- und Standesforderungen erschöpfte sich vielfach die Tätigkeit dieser Beamtenverbände. Eine geradezu oft kindliche Ratlosigkeit und Unselbständigkeit in wirtschaftlichen und politischen Fragen zeichnet vielfach diese Verbände, ihre Tagungen und ihre Mitglieder aus.

Diese Beamtenkategorien, die früher so betretet und behütet wurden, sind größtenteils noch nicht erwacht, und finden sich in den total veränderten Zeitläufen nicht zurecht. Da ist es denn die bequemste Methode, die jetzigen Verhältnisse zu verdammen und das alte Regime zurückzuwünschen, das wirtschaftlichere Vorteile bot. Deshalb ist auch der größte Teil unserer Beamtenpolitik politisch reaktionär, wofür u. a. der ehemalige Kultusminister Montag Haenisch, Nr. 488 des „Berliner Tageblatt“ wieder erbauliche Proben gibt, während der Staatsminister Döfer seinerzeit ausführte, daß hervorragende Menschen unter der Beamtenpolitik nicht werden können, denn — sie stehen auf dem Boden der Republik.“

Mit der wirtschaftlichen Bedrängnis aller Arbeitnehmerschichten nimmt aber im gleichen Maße auch die politische Verbortheit dieser Kategorie zu, so daß Haenisch ausruft: So wie bisher geht es nicht mehr weiter!

Einen wertvollen Beitrag, der uns in die Psyche des Beamten einführt, bringt der Studienrat H. Reintjes in einem „Volksstaat und Beamtenpolitik“ betitelten Aufsatz, der in Nr. 3/4 des Beamten-Jahrbuches erschien.

Da heißt es treffend:

„Ein großer Teil der Beamtenschaft faßt daher seine Stellung und seinen Daseinszweck heute nicht viel anders auf als vor dem Zusammenbruch des früheren Regierungssystems.“

Der Verfasser spricht von der früheren Verkopplung der Volkssouveränität und dem fürstlichen Absolutismus, der in die monarchistische Gewalt umschlug.

„Das deutsche Volk aber hatte mehr Vertrauen auf seine Obrigkeit als Blick für die Tatsachen, auf denen sein Dasein beruhte.“

Dies bedingte, das die Befreiung gebundener Kräfte und die Bedingung zur Selbstverantwortlichkeit nicht aufkommen konnte. Deshalb hat „die Beamtenschaft praktisch das ihr zukommende Maß von Freiheit und Selbstverantwortlichkeit im allgemeinen nicht erlangt.“

So sind „im Grunde genommen die Beamten selbst an diesem Stande der Dinge — ihrer wirtschaftlichen Misere — schuldig.“

Reintjes führt dann weiter treffend aus:

Wie fast das ganze deutsche Volk, so glaubten auch sie nach dem Zusammenbruch, es werde jetzt alles Gute von selbst kommen. Was kam, war aber an vielen Stellen nur wieder das alte System mit den alten Leuten. Sie stellten sich zunächst, wie wir mit Staunen gesehen haben, still und eilig „auf den Boden der Tatsachen“, nannten sich in vielen Fällen sogar Demokraten und Sozialisten und behaupteten manchmal obendrein, sie seien das eigentlich im geheimen schon längst gewesen. Wohl mancher Leser hat solche Wiederholungen kennengelernt, die seitdem das Volk sich mühselig zu leidlich geordneten Verhältnissen verholfen hat, wieder mit den alten Ansprüchen aufzutreten. Mit welchen Mitteln und aus welchen Beweggründen diese Menschen sich die Demokratie zunutze machen und sie anderen vorzuenthalten suchen, ist ein Kapitel für sich.

Diese glänzende Charakteristik der Beamtenschaft, die schonungslos alle ihre Schwächen aufdeckt, läßt es auch verstehen, daß die Verhandlungen des Deutschen Beamtenbundes mit dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund zwecks Abschlußes einer gewerkschaftlichen Einheitsfront so schleppend sind, ohne endgültig zum Erfolg zu führen.

Die geradezu wissenschaftlich formulierte Erklärung Reintjes zum Verständnis der Psyche des landläufigen Beamten sollte nun aber allen Beamten zu denken geben. Wenn diese Schichten die so notwendigen Forderungen ziehen, sich emanzipieren von den „ererbten“ Vorurteilen, wenn die Beamtenverbände daran gehen und, nicht den Unsinn von Parteigewerkschaften gegenüber den freien Verbänden zu kopportieren, sondern gewerkschaftliche Erziehungs- und Bildungsbetriebe betreiben würden, dann wäre die Hoffnung berechtigt, daß eine Neuorientierung innerhalb der Beamtenschaft Platz greifen würde, die sich zugleich auch wirtschaftlich auswirken vermag. In diesem Sinne zu arbeiten muß Aufgabe jedes einsichtigen Gewerkschafters innerhalb dieser Schichten sein. Denn nur so kann der Allgemeinheit und dem — Beamten gedient werden.

### Lügen der Kommunisten

Das Berliner Mitteilungsblatt der Kommunistischen Partei Deutschlands bringt in seiner Nummer vom Freitag, den 16. September, einen Bericht von einer Versammlung der Angestellten der Fachgruppe Papier des Zentralverbandes der Angestellten und behandelt in diesem Bericht hauptsächlich die Aussprache über einen etwaigen Haustarif der Firma Rudolf Mosse. Trotzdem auch der Berichterstatter der „Roten Fahne“ wissen mußte, daß bereits in einer Betriebsversammlung am 12. September das Verhalten des Angestelltenrates von dem Organisationsvertreter als vollkommen einwandfrei dargestellt wurde, von irgendwelchen gelben Radikationen also nicht die Rede sein konnte, hält es das Erfahrungsblatt der Lügenfahne für notwendig, Beschildigungen, die sich längst als unrichtig herausgestellt haben, wieder aufzuführen.

Der Angestelltenrat der Firma Rudolf Mosse.

### Betriebsratesschule

An folgenden, Freitag, den 23. September, beginnenden Kursen der Betriebsratesschule können noch neue Hörer teilnehmen.

Unterrichtsstätte Berlin NW, Friedrich-Werdersches Gymnasium, Bodumer Str. 8b, nachm. 5 Uhr: „Grundbegriffe und Grundsätze der Wirtschaftslehre“ (Zimmer 302).

Unterrichtsstätte Berlin SO, Leibniz-Gymnasium, Mariannenplatz, nachm. 5 Uhr: „Fabrikorganisation“ (Zimmer Nr. 18).

Unterrichtsstätte Berlin D, städt. höh. Fachschule für Textil- und Bekleidungsindustrie, Warschauer Platz 6-8, nachm. 5 Uhr: „Finanzierung der Industrie und des Handels“ (Zimmer Nr. 115); abends 7 Uhr: „Geld- und Bankwesen“ (Zimmer 115).

Alle freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter und Angestellten können an diesen Kursen teilnehmen. Sie erhalten Hörerlatten zum Preise von 6 M. (für Erwerbslose unentgeltlich) im Bureau der freigewerkschaftlichen Betriebsratesschule, Engelauer 24-25, 2. Hof, 1 Treppe. Auch können sie sich ohne vorherige Anmeldung in die Kurse begeben und die Hörerlatten bei dem in der ersten Unterrichtsstunde zu wählenden Vertrauensmann hinterlegen.

Freigewerkschaftliche Betriebsratesschule.

### Streik im Tiergartenhotel Charlottenburg

Ein besonders anziehender Unternehmer ist der Besitzer des obigen Unternehmens, Lindemann. Auf eigene Faust betrieb er ohne Zustimmung der im Betriebe Tätigen eine Betriebsversammlung ein, mit dem Zwecke, die gewerkschaftlichen Angehörigen wirtschaftlich zu prellen. Die Organisationsvertreter Richter und Groß, die die Interessen des Personals wahrnehmen sollten, ließ er gewaltsam enternen. Der eine der Delegierten wurde auch tödlich angegriffen. Eine zweite Betriebsversammlung beschloß auf Grund dieser Vorkommnisse, sofort in den Streik zu treten. Dieser Betrieb in Charlottenburg am Rnie ist daher zu melden. Die gewerkschaftlichen Angestellten werden aus diesem Vorkommnis hoffentlich die Lehren ziehen und immer fester zur Organisation stehen.

### Der Filmstreik

Nach wie vor stehen die Arbeitnehmer der Filmindustrie im Streik. Wohl haben es einzelne Unternehmen verstanden, durch ihnen gefügige Kreaturen, Teile ihrer Betriebsbelegschaften in die Betriebe hineinzutreiben, z. B. bei der Ufa, Janja. Doch zeigt es sich bereits, daß all die schönen Versprechungen, die namentlich den kaufmännischen Angestellten dieser Betriebe bei der bedingungslosen Wiederaufnahme der Arbeit gemacht wurden, ins Gegenteil umschlagen und nunmehr trotz Streik für die Angestellten dieser Betriebe auf Pfahler gestellt werden. Das ist der Unternehmern merdant. Die übrige Arbeitnehmerschaft verharret geschlossen im Kampf und läßt sich durch die irreführenden Versprechungen der bürgerlichen Zeitungen nicht täuschen, sondern wird für die Durchsetzung ihrer Forderungen weiterkämpfen.

Das Reichsarbeitsministerium hat Verhandlungen auf Donnerstag, den 22. d. Mts., angelegt und von dem Ergebnis dieser Verhandlungen und der entsprechenden Haltung der Arbeitgeber hierzu, wird erst der Abbruch des Streiks in Erwägung zu ziehen sein.

**Trinkgeldgarantie?** In einem Flugblatt sucht die Arbeitnehmerschaft der Arbeitgeberverbände im Gastwirts- und Hotelgewerbe den Eindruck zu erwecken, als wolle sie dem Bedienungspersonal künstlich Garantielöhne von 350 M. bis 400 M. und dazu ein Bedienungsgeld von 10 Proz. des Zechenbetrages gewähren, das sich der Kellner vom Gaste einziehen soll. Wie der Zentralverband der Hotel-, Restaurant- und Café-Angestellten aber aus den Tarifvorlagen und Verhandlungsprotokollen nachweist, lehnen die Unternehmer für die Zukunft jede feste Entlohnung ab und wollen den Kellnern nur Trinkgeldentnahmen in Höhe von 233 M. bis 349 M. wöchentlich garantieren. Es handelt sich also nicht um eine Lohn-, sondern um eine Trinkgeldgarantie. Es gewinnt nach diesen Ausführungen allerdings den Anschein, als ob dem Publikum eine neue Belastung von 10 Proz. aufgedrückt wird, während die Wirte und Hotelbesitzer ihren Ausgabenanteil um die bisher gezahlten Löhne vermindern. Dazu werden sie sich bedürftig äußern müssen.

**Gewerkschafts-Bibliothekare!** Die Vorkommnisse der Gewerkschafts-Bibliothekare findet nicht diesen Sonnabend, sondern erst am 1. Oktober, nachmittags 4 Uhr statt.

**Gewerkschaftskommission Schöneberg.** Sitzung am Donnerstag, den 22. September, um 7 1/2 Uhr, bei Grundt, Reiningers Straße.

### Parteiveranstaltungen

**Überblickswoche.** Am 25. September, vormittags 10 Uhr, Jugendweife in der Jugendbildungsstätte (Hala), Reppelstraße. Eintrittskarten a 1,00 M. zu haben in den Jugendrengeschäften von Böber und Sieck und bei den Funktionären und Elternvertretern der weltlichen Schule, sowie am Conspiration.

**Mittwoch, 21. September**  
11. Nr. 11. Abteilungsleiter der 1., 2., 4., 5. u. 6. Abteilung holen heute Werbematerial von Scheide, Volkswirtschaft 2. ab.  
Reinholdsb.-Wk. 7 1/2 Uhr Mitgliederversammlung im Volkshaus. Geschäftsleitung eine Stunde früher.

**Charlottenburg.** Heute abend 1/8 Uhr Sitzung der Bezirkskoordinationsrat in Rathaus.  
Charlottenburg. Zwischen 4 und 6 Uhr werden die Abteilungsleiter ersucht, das Material von der Expedition Röhre, Weststraße 10, abzuholen.

**Donnerstag, 22. September**  
1. Nr. 11 (Berlin-Mitte). Abends 7 Uhr Sitzung der Frauenausschusses bei Radtger, Bergstraße 24. Alle Mitglieder derselben haben zu erscheinen.  
Reinholdsb.-Wk. Abends 8 Uhr Sitzung der Frauen- und Kinderkommission im Volkshaus.  
Weißensee. Abends 7 1/2 Uhr Sitzung der Bildungsausschüsse bei Neumann, Charlottenburger, Ecke Hiltkestraße.

**Freitag, 23. September**  
15. Nr. 11. Abends 7 Uhr Verhandlung bei Gader, Barnimstraße 24. Abteilungsleiter und Bezirksleiter der Kommissionen unbedingt erscheinen.  
Reinholdsb.-Wk. 7 1/2 Uhr Sitzung des Bezirksausschusses mit dem Genossen, welche zu der Reichsliste gehören.

### Vereinskalender

Mittwoch, 21. September

E. R. J. Gruppe Norden, heute abend wichtige Sitzung der Organisationskommission bei Kuhnmann, Hülkenstraße 11.

Donnerstag, 22. September

Zentralverband der Schenker. Abends 8 Uhr große Gruppenversammlung der Ball- und Ungeheuer im Saal 1 des Gewerkschaftshauses, Engelauer 14-16.  
Deutscher Transportarbeiter-Verband. Abends 8 Uhr: Bezirksrat der Großhandelsabteilung. Abends 1/8 Uhr bei Wismar, Hiltkestraße 18, Versammlung. — Chemnitz-Verband. Abends 7 Uhr in Schatzberg, Hiltke, Neue Jakobstraße 24-26, Sitzung Schmidtstraße 19-21, Versammlung sämtlicher Funktionäre der Branche.  
Deutscher Arbeiter-Verband. Abends 8 Uhr Versammlung aller Streikführer in der Mitte, Schalkstraße 39.

Verantwortlich für Politik und Redaktion: Leo Pischke, Berlin-Hiltke, denau: für Kommunalpolitik, Lokal- und Gewerkschaftliche: H. Rabner, Berlin; für den Internationalen und gewerkschaftlichen Anzeiger: Ludwig Komert, Charlottenburg. — Verlagsgenossenschaft „Freiheit“, e. G. m. b. H., Berlin. — Druck der Berliner Druckerei G. m. b. H., Berlin G. 2, Seite Straße 54.

## Das beste Geschenk zur Schulentlassung ist ein Buch

Wir empfehlen aus unserem Verlag folgende Schriften für die schulentlassene Jugend

- Ins Leben hinein** — Von Gg. Engelbert Graf Preis 8 Mark
- Ueber See und Heide** — Von Paul John Preis 8 Mark
- Arbeiterjugend und sexuelle Frage** — Von H. Hadmann Preis 2,50 Mark
- Proletarierjugend und Theater** — Von Verhart Seger Preis 2,50 Mark
- Stamm der Mensch vom Affen ab?** — Von Gg. Engelbert Graf, Ladenpreis 4 Mark!
- Jung und Alt in der proletarischen Jugendbewegung** — Von Gg. Engelbert Graf, Ladenpreis 2,50 Mark
- Eine Einführung in die sozialistische Gedankenwelt** — Von Hans Hadmann, Ladenpreis 2,50 Mark

**Verlagsgenossenschaft „Freiheit“**  
Abteilung Buchhandlung

Berlin G 2 / Breite Straße 8/9

**Spez. Beh. nur für Ischias**  
in 10 Min. Befreiung u. Heilung. Da in 15 Tagen heilbar. — über anmaßb. heilbar. — beh. u. Befreiung. Invalidenstr. 106, Jacoby von 9-3.

**Anzüge, Schlüpfer**  
in feinsten Verarbeitung aus prima Stoffen Mk. 350.— bis 750.—  
Große Auswahl in feinsten Maßstoffen  
Eigenes Atelier Solidaeste Preise  
IMEX R. M. D. H. Schloßplatz 1a II

**Geld**  
für jede Verfache. Höchste Kaufpreis für Pfand/Heine, Brillanten, Goldgegenstände, Tempeln, Silber u. M. d. H., Preisliste Nr. 11, III, Ecke Kochstraße.

**Soeben erschienen!**

# Die Erwerbslosenfürsorge nach dem neuesten Stande

Wiedergabe der Reichsverordnung über Erwerbslosenfürsorge und gemeinverständliche Darstellung der Erwerbslosen und Kurzarbeitern zutreffenden Ansprüche unter Berücksichtigung ministerieller Erlasse u. Bescheide sowie die letzten Beschlüsse des Reichstages

**Von Rudolf Weck**  
Arbeitersekretär in Königsberg i. Pr.  
Preis 8.— Mark

Für Gemeindebehörden, Betriebsräte, Obleute, Arbeiterssekretäre, Gewerkschaftsfunktionäre, überhaupt für jeden, der sich mit Arbeiterfragen befaßt, ist die Schrift unentbehrlich

**Verlagsgenossenschaft „Freiheit“ e. G. m. b. H.**  
Berlin G 2      Abt. Buchhandlung      Breite Straße 8/9



**Reunion**

Neu aufgenommen! \* Volle Formate!

**Reunion**  
Nr. 30    Nr. 40    Nr. 50  
30 Pfg. 40 Pfg. 50 Pfg.